

Ein „spezielles“ Schmerzmittel
sind Migränin-Tabletten

Wer sie einmal versucht,
findet „seine“ Tablette

gegen Kopfschmerzen, Migräne, Nervenschmerzen,
nervöse Abgespanntheit, Wetterfühligkeit, Alkoholkatete.
DM 1,05 DM 1,75

UHRARMBÄNDER
Elastofix und
Fixoflex

DEHNBAR • VERSCHLUSSLLOS • FÜR
JEDEN ARM UND JEDE UHR PASSEND

BEIM KAUF
STEMPEL
AUF DER
INNENSEITE
BEACHTEN!

ERHÄLTICH IN „GOLDANKER“-
WALZGOLD-DOUBLEE, EDEL-
STAHL UND IN 14 KARAT GOLD
IN ALLEN FACHGESCHÄFTEN

AUSWÄRTIGES AMT

Nicht für ewig

Wie man den Deutschen Bundestag irreführen kann, ohne die Unwahrheit zu sagen, bewies Professor Dr. Walter Hallstein, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, in der letzten Fragestunde des Bonner Parlaments. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Gerhart Lütken, einst Vortragender Legationsrat in der Berliner Wilhelmstraße, hatte gefragt:

„Ist es richtig, daß die jugoslawische Regierung um Erteilung des Agréments für den Ministerialdirigenten im Auswärtigen Amt, Herrn von Trützschler, als Botschafter angegangen worden ist, und daß sie das Agrément nicht erteilt hat? Welche Gründe wurden gegebenenfalls für die Ablehnung angegeben?“

Dr. HALLSTEIN, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes: „Herr Präsident! Es ist nicht richtig, daß die jugoslawische Regierung ein nachgesuchtes Agrément für den Ministerialdirigenten von Trützschler abgelehnt hat. Auf Grund neuer Dispositionen ist Herr von Trützschler inzwischen in der Zentrale des Auswärtigen Amtes für die Leitung der Kulturabteilung vorgesehen worden. Da der Untersuchungsausschuß, der sich seinerzeit mit der Person des jetzigen Ministerialdirigenten von Trützschler beschäftigt hat, nicht mehr besteht, hatte das Auswärtige Amt keine Möglichkeit, die Sache in diesem Ausschuß zu erörtern. Es beabsichtigt, wenn künftig ähnliche Fälle auftreten sollten, sie im Auswärtigen Ausschuß zur Sprache zu bringen.“

Vizepräsident Dr. SCHMID: „Ist die Frage erledigt?“

Dr. LÜTKENS (SPD): „Ja.“

Hinter diesem wenig sagenden Frage- und Antwortspiel verbirgt sich manches, was die Abgeordneten aus Walter Hallsteins Äußerungen beim besten Willen nicht heraushören konnten. Die jugoslawische Regierung hat sich nämlich sehr wohl dagegen gewandt, den Ministerialdirigenten von Trützschler als deutschen Botschafter in Belgrad zu sehen.

Das Parlament wird brükiert

Dr. phil. Heinz Trützschler von Falkenstein, 52, gehört seit 1934 dem Auswärtigen Amt an; 1940 trat er in die NSDAP ein, und während des ganzen Krieges verfaßte er die „Sprachregelungen“ des Auswärtigen Amtes für die Auslandsmissionen, teils allein, teils gemeinsam mit anderen. Er wirkte bei der Herausgabe etlicher nationalsozialistischer „Weißbücher“ — Dokumentensammlungen für NS-Propagandazwecke — mit und wurde 1944 von Ribbentrop zum Sekretär des sogenannten „Europa-Ausschusses“ im Auswärtigen Amt ernannt. Dieser Ausschuß sollte Unterlagen sammeln, „die zur künftigen Regelung der neuen europäischen Ordnung nach Kriegsende dienen... Es steht jedoch bereits jetzt fest, daß das zukünftige Europa nur Bestand haben kann, wenn Groß-Deutschlands Vorherrschaft mit Erfolg behauptet wird“.

Trützschler kam nach Kriegsende in automatischen Arrest und wurde 1948 von der Spruchkammer Wiesbaden entlastet. Hauptgrund: Er habe sich geweigert, sich in den Führungsstab Ribbentrop eingliedern zu lassen und sei bei Beförderungen übergangen worden*.

Ende 1949 trat Trützschler in den Vorläufer des Bonner Auswärtigen Amtes, die

* Trützschlers völlig normale Karriere: 1934: Attaché; 1936: Vizekonsul; 1941: Legationsrat; 1944: Legationsrat I. Klasse.

Verbindungsstelle zur Alliierten Hohen Kommission, ein. Wenig später war er — nach einem Zwischenspiel in der handelspolitischen Abteilung — Leiter der Unterabteilung „Allgemeine Außenpolitik“ in der Politischen Abteilung des neuen Bonner Auswärtigen Amtes, was nicht wundernehmen kann, denn Trützschler ist ein tüchtiger Mensch.

Bei dieser Laufbahn war es ziemlich klar, daß sich der AA-Untersuchungsausschuß des 1. Deutschen Bundestages* auch mit dem Dr. Heinz Trützschler von Falkenstein befassen würde. Der Ausschuß kam zu dem Schluß:

„Der Untersuchungsausschuß erhebt grundsätzlich keine Bedenken gegen eine Weiterbeschäftigung im Auswärtigen Amt, empfiehlt aber, bis auf weiteres keine Be-



Diplomat Trützschler von Falkenstein
Rückzug auf Nicht-erinnern-Können

förderungen auszusprechen. Der Ausschuß spricht sich gegen eine Verwendung von Dr. Trützschler von Falkenstein im Ausland aus.

„Gründe: Eine Verwendung des Mannes, der während des ganzen Krieges in der Politischen Abteilung „sprachregelnd“ an der Gestaltung der Kriegspropaganda beteiligt gewesen ist, im Ausland würde das Ansehen der Bundesrepublik schädigen.“

* Der Ausschuß wurde vom Bundestag am 24. Oktober 1951 auf Antrag der SPD-Fraktion eingesetzt. Von ihm sollten Angriffe der „Frankfurter Rundschau“ gegen die Personalpolitik des Auswärtigen Amtes überprüft werden. Das Blatt hatte 21 Bedienstete des Bonner Amtes nationalsozialistischer Aktivität während des Dritten Reiches beschuldigt. Der Ausschuß empfahl, zwei der Angegriffenen aus dem Auswärtigen Dienst zu entfernen, sechs von ihnen nur beschränkt und zehn unbeschränkt weiterzuverwenden. Drei der Beschuldigten schieden freiwillig oder durch Pensionierung aus dem Auswärtigen Dienst.

Insbesondere hält es der Untersuchungsausschuß für untragbar, daß Dr. von Trützschler als Referatsleiter des AA die Europa-Politik der Bundesrepublik repräsentiert.

„Ebenso ist angesichts der Haltung Dr. von Trützschlers bei seinen verschiedenen Vernehmungen, insbesondere bei der zweiten, vor dem Ausschuß, wo sich der Zeuge trotz der Vorlage unbezweifelbar echter Dokumente von großer Bedeutung auf das Nicht-erinnern-Können zurückzog, seine Beförderung nicht gerechtfertigt.“

Trützschler wurde bald darauf zum Ministerialdirigenten befördert und als deutscher Botschafter für Jugoslawien vorgesehen.

Aber ehe die Bundesregierung noch offiziell um ein Agrément nachsuchte, ließen die Jugoslawen schon wissen, Trützschler, der Mann mit der NS-Vergangenheit, sei ihnen nicht genehm. So konnte Staatssekretär Hallstein im Bundestag auf die Frage des Abgeordneten Lütken erklären, „ein nachgesuchtes Agrément“ sei von den Jugoslawen nicht verweigert worden.

„Der Bundestag ist nicht unfehlbar“

Im Auswärtigen Amt glaubt man, die Jugoslawen hätten gar nicht so sehr etwas gegen Trützschler, sondern sie hätten nur zeigen wollen, daß sie etwas verschnupft seien, weil Wiedergutmachungsverhandlungen zwischen Bonn und Belgrad Ende letzten Jahres ergebnislos abgebrochen wurden.

Jugoslawiens Ansprüche stützen sich formal auf die Dienstleistung jugoslawischer Zwangsarbeiter in Deutschland während des Krieges. Nach einem Schlüssel, der bei gleichgearteten Verhandlungen mit anderen Ländern angewandt und akzeptiert wurde, hatte das Bonner Außenamt eine bestimmte Wiedergutmachungssumme errechnet. Die Jugoslawen wollten aber bei dieser Gelegenheit zugleich auch für die Zerstörung ihres Landes durch die deutsche Armee entschädigt werden; sie forderten etwa das Zehnfache der Summe.

Das Bonner Außenamt lehnte diese Forderungen ab, einmal, weil sie als Präjudiz für ähnliche Forderungen anderer Länder hätte dienen können, zum anderen, weil sie mit den Dienstleistungen jugoslawischer Zwangsarbeiter in Deutschland nichts zu tun haben. Man gab allerdings zu verstehen, daß man bereit sei, andere Finanzierungsmittel und -wege zu finden, um die Kriegsschäden in Jugoslawien zu einem Teil wiedergutzumachen.

Als keine Einigung erzielt werden konnte, wurden die Verhandlungen im Dezember abgebrochen. Im Januar sandte die Regierung Marschall Titos daraufhin an Außenminister Konrad Adenauer ein Memorandum über das heikle Problem. Statt einer Antwort offerierte der Kanzler im Februar den Dr. Trützschler als neuen Botschafter für Jugoslawien.

Die Beschlüsse des Bundestags-Untersuchungsausschusses, so heißt es im Auswärtigen Amt, könnten „nicht für ewig“ gelten. Und im übrigen seien die Ausschußmitglieder — Ausschußvorsitzender war der FDP-Saarredner Max Becker, Hersfeld — „schließlich nicht unfehlbar“.

Ein jugoslawischer Sprecher in Bonn, der gefragt wurde, warum seine Regierung den Ministerialdirigenten Trützschler als Botschafter ablehne, antwortete: „Wir wollen uns an der Brückierung des deutschen Parlaments nicht beteiligen.“

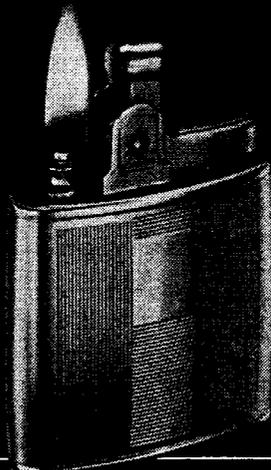
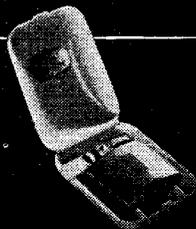
Der Dr. Trützschler aber wurde — als Belohnung dafür, daß Tito ihn ablehnte — an Stelle des seit langem für diesen Posten vorgesehenen Mexiko-Botschafters Fritz von Twardowski zum Leiter der Kulturabteilung des AA befördert.

U-R 19501

RONSON

DAS FEUERZEUG, DAS DIE WELT EROBERTE

für, Ihn



FLO-LINE
STANDARD

Wer die Welt kennt, kennt **RONSON**

**Die kleinste
unter den Großen**

**MINOX
Camera**

Ausführliche Prospekte von MINOX GmbH, Giessen, Postfach 137/20

3:1 für Dänemark

Ich bin der Überzeugung, daß das Ergebnis der Besprechungen über die Minderheitenfragen einen neuen Abschnitt in dem deutsch-dänischen Verhältnis einleitet.“ Mit diesen Worten feierte Bundeskanzler Konrad Adenauer in der vergangenen Woche seine Gespräche mit dem dänischen Ministerpräsidenten Hans Christian Hansen, der mit seinen beiden Töchtern in einer Militärmaschine nach Bonn geflogen war.

Allerdings ist ein Abkommen über die Rechte der nationalen Minderheiten beiderseits der deutsch-dänischen Grenze nicht geschlossen worden. Nicht einmal ein Communiqué haben Konrad Adenauer und H. C. Hansen gemeinsam unterzeichnet. Die Bundesregierung und die königlich dänische Regierung haben jedoch gegenseitig Erklärungen über die Rechte der nationalen Minderheiten ausgetauscht.

Bei der schleswig-holsteinischen Landesregierung in Kiel heißt es weit weniger pathetisch zu dem Ergebnis der Verhandlungen: „3:1 für Dänemark.“

Der Dreitagebesuch Hans Christian Hansens in Bonn hat eine lange Vorgeschichte. Nach 1945 pumpte Dänemark Millionen von Kronen über die Grenze nach Südschleswig (Nordschleswig wurde nach dem ersten Weltkrieg an Dänemark abgetreten). Südschleswig wurde zum Schlachtfeld eines deutsch-dänischen Kulturkampfes, durch den dänische Aktivisten die Grenze noch weiter nach Süden bis an die Eider zu verlegen hofften.

Auf deutschem Boden wurden dänische Büchereien, dänische Kindergärten und achtzig dänische Schulen eröffnet. Die dänische Minderheit in Deutschland gründete eine eigene politische Partei, den Südschleswigschen Wählerverband (SSW), der zunächst mit sechs Abgeordneten in den Schleswig-Holsteinischen Landtag einzog, nach der Normalisierung des deutschen Wirtschaftslebens 1950 zwei Sitze verlor und 1954 überhaupt nicht mehr zum Zuge kam.

Der Landtag in Kiel hatte nämlich inzwischen beschlossen, daß der SSW genau wie alle anderen Parteien mindestens fünf Prozent aller Stimmen oder ein Direktmandat erhalten müsse, um in den Landtag einziehen zu können.

Eine Klausel wurde verschenkt

In Dänemark war unterdes ein Gesetz mit rückwirkender Kraft verkündet worden, dessen Auswirkungen die deutsche Minderheit in Nordschleswig schwer belasteten. Während des Krieges nach deutschen Gesetzen in Dänen-Kronen gezahlte Renten mußten von den Empfängern zurückgezahlt werden. Die Schulen der deutschen Minderheit wurden kurzerhand als Faustpfänder betrachtet, gegen deutsche Kriegsschulden aufgerechnet und enteignet. Sie sind von der deutschen Minderheit inzwischen entweder zurückgekauft oder durch neue Schulen ersetzt worden. Der deutschen Minderheit sind nach einem dänischen Sondergesetz aber nur Volksschulen erlaubt, weiterführende Schulen mit Examenrecht dagegen verboten.

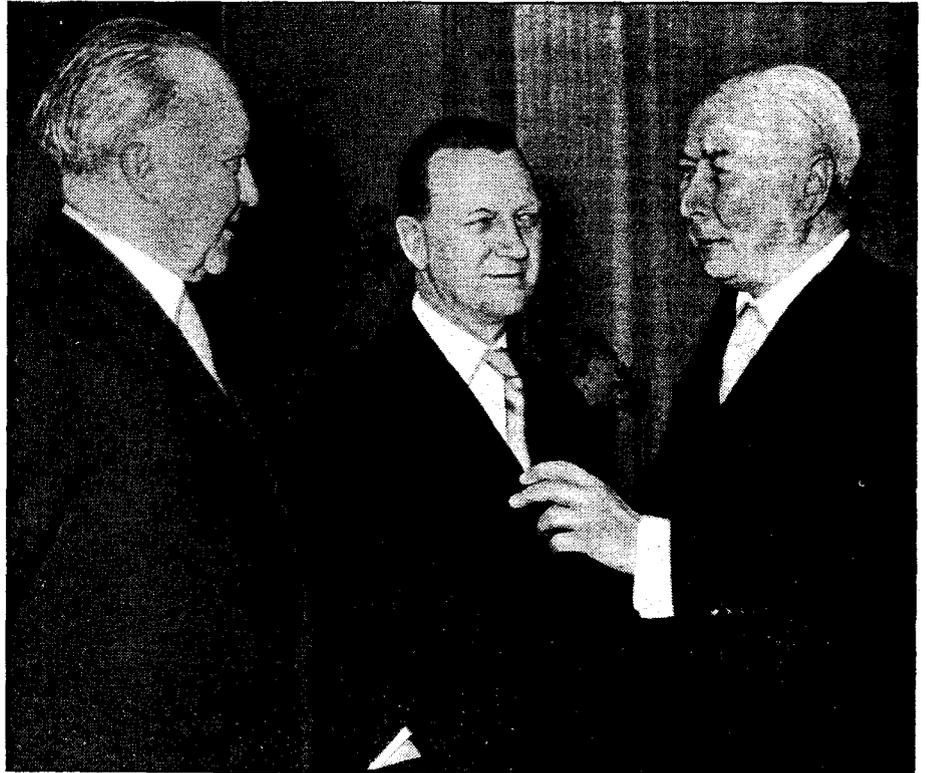
Als bei der Landtagswahl im September 1954 in Schleswig-Holstein nur noch 40 000 Stimmen für die dänische Minderheitspartei SSW abgegeben wurden, hatte der neue CDU-Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel ein Mittel in der Hand, mit dem er hoffte, endlich einen klärenden Staatsvertrag zur deutsch-dänischen Grenzfrage zuwege bringen zu können: Diese 40 000 Stimmen in Schleswig-Holstein sind für

die Dänen wertlos, solange nicht für sie die Fünf-Prozent-Sperrklausel aus dem Landeswahlgesetz gestrichen wird. Und tatsächlich kam es über dieses Handelsobjekt zu den gewünschten Besprechungen mit Dänemark. Am 28. Februar fuhr eine von dem ehemaligen deutschen Botschafter in Kopenhagen, Wilhelm Nöldeke, angeführte Delegation nach Kopenhagen.

Die deutsche Delegation hatte als Auftrag mitbekommen, Dänemark die Erklärung zu entlocken, daß es die 1920 bei Flensburg gezogene Grenze als endgültig

empfehlen, die Fünf-Prozent-Klausel für die dänische Minderheit aufzuheben. Zwei Tage darauf, am Donnerstag letzter Woche, wurde dieser Vorschlag im Kieler Landtagsplenum beraten.

Der achtzigprozentige Schulkostenzuschuß für die dänische Minderheit war schon vor Wochen in den Entwurf des schleswig-holsteinischen Landesetats 1955 aufgenommen worden. Um so mehr sind die schleswig-holsteinischen Abgeordneten aus dem deutsch-dänischen Grenzraum enttäuscht: Die Fünf-Prozent-Klausel ist an Dänemark verkauft, obwohl sich die Dänen abermals



Adenauer, Dänemarks Regierungschef Hansen, Heuss: Der Kulturkampf geht weiter

anerkenne. Die Dänen aber reagierten nur auf Minderheitenfragen; sobald das Wort „Grenze“ fiel, waren sie taub. Wilhelm Nöldeke einigte sich mit dem dänischen Delegationsführer Nils Svenningens schließlich auf etwas anderes: Die Regierungen beider Länder sollten ihren Parlamenten Erklärungen über die Rechte der in den Grenzen ihres Landes lebenden Minderheiten zur Ratifizierung vorlegen.

Dem Schleswig-Holsteinischen Landtag sollte vorgeschlagen werden, die Fünf-Prozent-Klausel für die dänische Minderheit zu streichen, den dänischen Minderheitenschulen achtzig Prozent ihrer Kosten zu erstatten und ihnen das — nie bestrittene — Recht zu gewähren, Examina abzunehmen.

Der Dänische Reichstag sollte eine Erklärung der dänischen Regierung über die Minderheitenrechte billigen und das Examenverbot für deutsche Minderheitenschulen baldmöglichst aufheben. Eine ausdrückliche Anerkennung der deutsch-dänischen Grenze sollte ihm nicht zugemutet werden.

Kanzler Adenauer und Ministerpräsident Hansen setzten in der letzten Woche schließlich ihre Namen unter die Minderheiten-Erklärungen ihrer Regierungen. Noch am gleichen Tage beschloß das schleswig-holsteinische Kabinett, dem Landtag in Kiel in einer Dringlichkeitsvorlage zu

erfolgreich um eine endgültige Anerkennung der Grenze herumgedrückt haben.

Sagte Ministerpräsident von Hassel vor dem Landtag in Kiel: „Man wird, solange auf dänischer Seite der Anspruch auf volkliche Eroberungen aufrechterhalten wird, besonderes Verständnis dafür haben müssen, daß wir auch bei völliger Würdigung der in den Delegationsverhandlungen erzielten Beschlüsse keinen Anlaß haben, in unseren Bemühungen um die Festigung des deutschen Volkstums und die unablässige Forderung der deutschen Arbeit im Grenzland irgendwie nachzulassen.“

Der ehemalige Minderheitsfraktionsführer des SSW, Samuel Münchow, verließ grollend die Gästeloge des Kieler Landtags: „Mit diesen scharfen Formulierungen ist das Kriegsbeil wieder ausgegraben.“

Nur mit solchen Reden war aber in Kiel die erste Lesung des Gesetzes über die Aufhebung der Fünf-Prozent-Klausel zugunsten der Minderheits-Dänen einstimmig über die Bühne zu bringen.

Kai-Uwe von Hassel hatte übrigens guten Grund zu seinen Worten: Einen Tag bevor Konrad Adenauer den dänischen Regierungschef empfing, hatte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident vom Bundeskanzler die Zusage erhalten, daß die Bundesmittel für den Kulturkampf an der deutschen Nordgrenze nicht nur in alter Höhe weiterfließen, sondern sogar noch vermehrt würden.